

Sehr geehrte Frau Senatorin Dr. Stapelfeld,
Sehr geehrter Herr Grote,
Sehr geehrter Herr Ritzenhoff,

nach der Bekanntgabe des Vorhabens Bebauung Haferblöcken / Haßloredder am 14.10.2015 im Stadtplanungsausschuss haben wir unsere Bürgerinitiative „Natürlich MITTEndrin!“ gegründet. Wir sind ein Zusammenschluss rund um den Öjendorfer Park mit den umliegenden Siedlungen Haferblöcken, Dringsheide, Märchensiedlung, Jenfeld und Barsbüttel.

Bereits auf den unterschiedlichen Wegen u.a. über den Stadtplanungsausschusses und der Informationsveranstaltung am 2.11.2015 haben wir unsere Anmerkungen zur sozialen Situation des Gebietes, der Infrastruktur und Integrationsfähigkeit, sowie den weiteren in diesem Brief aufgeführten Themen, benannt. Die bisherige Auseinandersetzung mit den Verantwortlichen haben keine Ergebnisse oder Klärungen erbracht.

Im Folgenden werden wir Ihnen unsere Bedenken darlegen und fordern eine ergebnisoffene Prüfung des Vorhabens. Die Behauptung, dass das Vorhaben „alternativlos“ sei, sehen wir als falsch an.

- **Dezentralisierung vor Zentralisierung hamburgweit**

Wir sehen momentan nicht, dass die Stadt und der Bezirk alle ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausnutzt, um z.B. mit Nachverdichtung in bereits in Planung befindlichen Projekten oder aber auch eine Nachverhandlung über den Sozialschlüssel (momentan Hamburger Drittmix) eine schnellere und bessere Unterbringung für Geflohene zu errichten.

Nach unserem Kenntnisstand gibt es im Bezirk Hamburg Mitte momentan offene Wohnungsbauprojekte in unterschiedlichen Projektständen von zwischen 12.000 - 20.000 Wohneinheiten (Vgl. hierzu das Wohnungsbauprogramm 2013 und das Projekt Stromaufwärts Elbe Bille der Freien und Hansestadt Hamburg sowie des Bezirksamts Hamburg Mitte). Bei den 12.000 - 20.000 neu zu schaffenden Wohnungen ist der Wohnungsneubau in der Hafencity, die ebenfalls Teil des Bezirks Hamburg Mitte ist, nicht enthalten. Nicht nur wir sind der Meinung, dass es gerade in den Großstädten noch enormes Nachverdichtungspotential gibt, gerade zur menschenwürdigen Unterbringung von Geflohenen. Wir empfehlen hierzu das Buch „Refugees Welcome“ ISBN 978-3-86859-378-5 von Professor Jörg Friedrich von der Leibniz Universität Hannover. Wir fordern Sie daher auf, Kontakt mit Professor Jörg Friedrich aufzunehmen und dessen bereits existierende Konzepte als deutschlandweit erstes Bundesland auch umzusetzen und somit sowohl monetäre, gesellschaftliche als auch Umweltkosten bei der Unterbringung von Geflohenen zu minimieren.

- **Potential Standort Haferblöcken**

Zusätzlich sind (Stand 9.12.2015) auf der Homepage „Eigenheimprogramm“ 18 freie Grundstücke, davon 16 im Bereich des Neubaugebietes Haferblöcken für Reihenhausbebauung sowie weitere 4 Grundstücke, die durch die Firma Zueblin bebaut werden sollten, zu finden. Durch die Eigennutzung der Stadt könnten hier bis zu 100 Geflohene eine Unterkunft finden – und zwar nicht am Rande

sondern mitten in unserer Siedlung. Bei eventueller Nachverdichtung mit Geschosswohnungsbau und gleicher Bauhöhe und Geschosshöhe könnten auf diesen Baufeldern eventuell sogar bis zu 30 Wohneinheiten entstehen und somit bis zu 150 Geflohene in der Mitte der Siedlung, aber auch in die Mitte der Gesellschaft integriert werden. Der Baubeginn könnte sofort erfolgen! Sie sehen also: Ihr Vorhaben ist nicht alternativlos!

- **Maßnahmen zur Abmilderung**

Wenn dann auch noch die Städtebauprogramme umgesetzt bzw. beschleunigt werden, besteht keinerlei Zeitdruck mehr, um auf die Schnelle (bis Ende 2016) 800 Wohneinheiten in einem Landschaftsschutzgebiet im Schnellbauverfahren zu errichten. Wenn der gleiche Schlüssel angewendet werden würde, der bei uns geplant wird (d.h. entgegen des üblichen Hamburger Drittmixes eine 50:50-Verteilung), wäre es möglich, allein bei den 12.000 Wohneinheiten des Wohnungsbauprogramms 2013 bzw. Stromaufwärts an Elbe und Bille 2.400 Wohneinheiten für Flüchtlinge zusätzlich zu errichten. Dies allein würde die Herausforderung der Flüchtlingsunterbringung auf ca. 3 Jahre stark abmildern, wenn man von einer zusätzlichen Anzahl von 800 Wohneinheiten für die Unterbringung von Geflohenen pro Jahr ausgeht. Damit hätte man genug Zeit, Flächen in aller Ruhe und ergebnisoffen zu prüfen. Es würden dadurch weniger Wohnungen zur freien Miete und zum Verkauf zur Verfügung stehen, was durch eine Beschleunigung der Städtebauprojekte ausgeglichen werden könnte

- **Unsere Bedenken: Sozialer Benachteiligung am Stadtrand und somit Aufbau weiterer Hürden für eine gute Integration**

Das aktuelle Sozialmonitoring beschreibt die schwierige Situation in Hamburg für Billstedt und Jenfeld ausdrücklich. In allen sozialen Indikatoren schließen diese Gebiete seit Jahren mit am schlechtesten von ganz Hamburg ab. Ebenso wurde im Sozialmonitoring nicht nur festgestellt, dass die Gebiete Billstedt und Jenfeld einen sehr niedrigen Status haben sondern zudem eine negative Dynamik aufweisen. Ursachen hierfür sind vor allem die hohe Dichte an Sozialwohnungen, hoher Migrationsanteil und schlecht zu beeinflussende Brennpunkte. Des Weiteren veranschaulicht der KESS Faktor, der den Bildungsstand mit der sozialen Situation der Bevölkerungsgruppen in Zusammenhang bringt, die regionale Benachteiligung.

Ist nicht bereits jetzt schon die soziale Infrastruktur überlastet? Wird das geplante Vorhaben nicht zu einer weiteren Zuspitzung der Situation führen? Welche Maßnahmen werden stadtseitig ergriffen, um diese Situation – bereits ohne zusätzliche Ansiedlung – zu verbessern? Wie soll diese Verbesserung unter Berücksichtigung des Baus des Vorhabens erreicht werden?

Kann Integration in Großbausiedlungen erfolgreich gelingen?

Großbausiedlungen verhindern den Integrationsprozess erheblich. Wie die Bundeszentrale für politische Bildung beschreibt, ist die Gefahr einer unfreiwilligen Segregation und ethnischen Abgrenzung in einer so geplanten Siedlung sehr stark. Weiterhin bleibt der niedrige soziale Status langfristig erhalten. Bildungsdefizite können in einer solchen Umgebung durch das Bildungssystem kaum ausgeglichen werden. Dadurch wird ebenso die Nachbarschaft stark benachteiligt.

Die entstehende beschränkte Kommunikation durch überwiegend vorherrschende Landessprache in den Quartieren und dem mehrheitlichen Konsum einheimischer Medien erhöht die Isolation und behindert das Erlernen der neuen Sprache. Weiterhin werden allgemeine Sitten im Milieu nicht aufgebrochen, wie bspw. die Rolle der Frauen, Grundsätze des Rechtsstaates, religiöse Toleranz.

Die Testplanung geht aktuell für das Gebiet um Haferblöcken nach unserem Kenntnisstand von einem nahezu gleichzeitigen Bezug der Flüchtlingsfolgeunterkünfte für ca. 1.000 Menschen aus.

Nach eigenen Berechnungen leben in der direkten Umgebung ca. 1.400 Anwohner. Ist eine

Integration bzw. Durchmischung zu diesem Zeitpunkt möglich? Ist die Gefahr der Segregation und der Bildung einer geschlossenen Gemeinschaft nicht wahrscheinlich? Wie berücksichtigt die aktuelle Testplanung die Integrationssituation zum Zeitpunkt des Erstbezugs und den wichtigen ersten Zeitraum? Welche Rollen gedenken Sie den Anwohner in diesem so wichtigen Prozess in der ersten Phase zu? An welchem Platz soll die Integration stattfinden? Reichen nach Ihrem Ermessen der geplante Spielplatz und das Jugendhaus aus?

Die in der Testplanung vorgesehene Reihenhausbebauung soll im Anschluss an die Folgeunterkünfte nach unserem Verständnis über den freien Markt erfolgen.

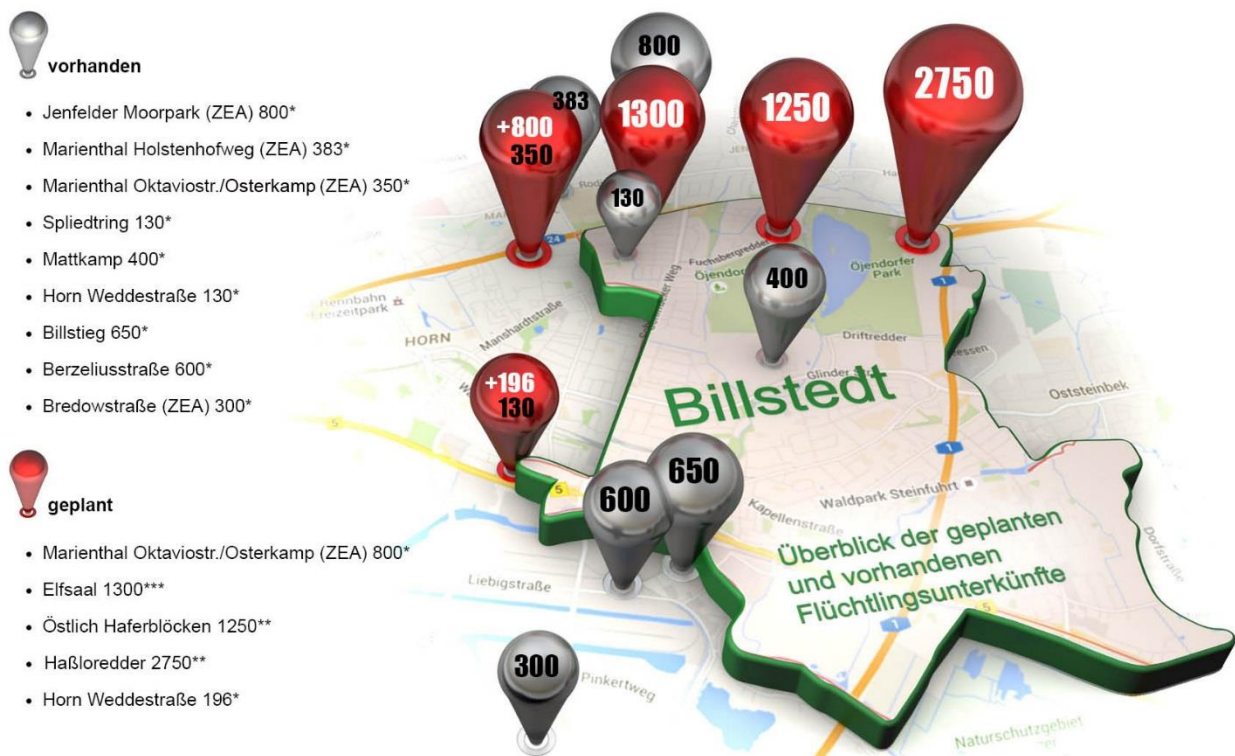
Gehen Sie davon aus, dass zwischen Erstbezug und Bezug der Reihenhäuser Jahre vergehen werden? Wie kann in einem solchen Umfeld der Zuzug für eine positive Durchmischung gewährleistet werden und die bis dahin entstandene Gemeinschaft zur Öffnung bewegt werden?

Gehen Sie am Standort Haßloredder davon aus, dass diese Form der Integration gelingen kann? Welche direkt angrenzende feste Anwohnerschaft sehen Sie in diesem Fall?

- **Schlechte geographische Rahmenbedingungen für Integration und mangelnde Zusammenarbeit der Bezirke**

Kann integrative Stadtplanung an der Bezirks- und Landesgrenze aufhören?

In der näheren Umgebung zum Bereich Haferblöcken sind noch weitere Unterkünfte geplant bzw. bereits umgesetzt.



Quelle: *Angaben der hamburg.de, **Konzept Quartiersentwicklung der Bezirk HH-Mitte, *** Konzept Bezirk HH-Wandsbek
Stand 13.12.2015

www.natuerlich-mittendrin.de

Beim Gebiet Haferblöcken handelt es sich um eine quasi-geschlossene Dreiseitlage durch Öjendorfer See, Öjendorfer Friedhof und BAB 24 und ist damit zum Gebiet Haferblöcken, Fuchsbergredder geöffnet. Beim Standort Haßloredder dreht es sich um eine quasi-geschlossene Vierseitlage mit der schwierigen Situation für eine erfolgreiche Integration. Durch die rein bezirkszentrierte Betrachtung ohne Berücksichtigung der Grenzlage zwischen dem Bezirk Hamburg-Mitte und dem Bezirk Wandsbek ergeben sich für den jeweiligen Bezirk zu stark vereinfachte Betrachtungsweisen, da

Aspekte hinter den jeweils eigenen Grenzen nicht in der eigenen Zuständigkeit liegen. Eine ähnliche Situation ergibt sich in der landesübergreifenden Betrachtung zwischen der Hamburger Ostgrenze und Schleswig-Holstein in den Bereichen Barsbüttel und Oststeinbek. Wie findet eine systematische und verbindliche Planung zwischen den horizontalen und vertikalen Verwaltungsebenen statt? Spielt nicht gerade die zukünftig mehr und mehr gewünschte Metropolregion hier eine Rolle, um eine für das betroffene Gesamtgebiet klare Perspektive herzustellen? Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Interessen aller Anwohner und ggf. hinzukommender Menschen aufgrund der „künstlichen“ Bezirksgrenzen nicht signifikant benachteiligt werden?

- **Schlussfolgerung für diese Fläche: Instrumentalisierung der aktuellen Flüchtlingssituation und Rechtfertigung mit SOG und BauGB**

Es regt sich der Verdacht, dass die Stadt bzw. der Bezirk die aktuelle Notsituation instrumentalisiert, um die Landschaftsschutzflächen, die nach aktuellem Bebauungsplan an den Park angegliedert und der Bevölkerung des Bezirks Mitte zugänglich gemacht werden sollten, in Bauland für die Realisierung neuer Wohnbauprojekte umzuwandeln. Die seit knapp 20 Jahren bestehenden Pläne (siehe Bebauungsplan Billstedt 90), die Flächen in den Öjendorfer Park zu integrieren, wurden nie umgesetzt. Stattdessen soll die Parkerweiterungsfläche nun als Flächenreserve für zukünftige Wohnungsbauprojekte erhalten.

Durch dieses Versäumnis soll jetzt der Wert der Fläche für die Naherholung/Parkeigenschaften gemindert dargestellt werden und man will diese Fläche aufgrund der Versäumnisse der FHH nun für ein Städtebauprojekt freigeben, weil man hofft, dies sei über das SOG bzw. das novellierte BauGB gedeckt.

- **Forderung nach Berücksichtigung von Europarecht**

Daher wollen wir Sie darauf aufmerksam machen, dass in unseren Augen europarechtliche Erfordernisse (z.B. bezüglich einer UVP/UVS nach UVPG beim Bebauen einer solch großen Fläche) zu berücksichtigen sind. Wir fordern deshalb sowohl den Senat als auch das Bezirksamt auf, sämtliche Maßnahmen zu unterlassen, die einer ergebnisoffenen Prüfung der Fläche entgegenstehen.

- **Bebauung nach BauGB §246 statt ergebnisoffener Prüfung - Berücksichtigung von Festlegungen aus dem geltenden Bebauungsplan Billstedt 90**

Wir fragen Sie daher: Wenn Sie jetzt Maßnahmen nach BauGB §246 ergreifen, wie wird dann eine ergebnisoffene Prüfung stattfinden? Falls nach ausgiebiger Prüfung, die für jede zu bebauende Fläche dieser Größenordnungen in unseren Augen vorgeschrieben ist, festgestellt werden sollte, dass eine Bebauung nach einem Bauleitplanverfahren möglich ist, fordern wir als Bürgerinitiative vom Bezirksamt und allen Fachbehörden die an ein solches Quartier gestellten Anforderungen sowohl planerischer als auch rechtlicher Art umzusetzen.

Als ein Beispiel seien die Richtwerte für die Planung von Grün- und Freiflächen in Hamburg genannt: Es müssen auf der Fläche östlich der Straße Haferblöcken nicht die momentan avisierten 3000m² Spielplatzfläche zu errichten sein, sondern für alle Spielflächen inklusive aller Spielplätze auf Wohngrundstücken und Flächen für pädagogisch betreutes Spielen alleine für das neu zu errichtende Quartier 9000m² vorgesehen werden (Quelle: Landschaftsschutzprogramm einschließlich Erläuterungsbericht S. 187: Richtwerte für die Planung von Grün und Freiflächen in Hamburg). Hinzu kommen die Flächen, die benötigt werden, um die Anforderung für die Bevölkerung im Bereich der Bebauungspläne Billstedt 90 und 103 zu erfüllen. Auch für die Umsetzung dieser Maßnahmen hatte der Senat bzw. die Bezirksverwaltung fast 20 Jahre Zeit.

Der Begründung des Bebauungsplans Billstedt 90 können Sie entnehmen, dass die Positionierung des Hauses der Jugend bewusst an der Südrampe der Brücke zur BAB 24 (Straße Haferblöcken) in der Planung angesiedelt wurde, um Störungen des Wohngebiets durch selbiges zu minimieren. Die jetzige Testplanung würde durch die vorgesehene Bebauung östlich der Straße Haferblöcken in sein Gegenteil verkehrt, da die zu schützenden Wohngebäude nun nicht mehr hinter einem Erdwall schallgeschützt liegen, sondern im Abstand weniger Meter direkt angrenzend an das Haus der Jugend beginnen.

Wir fordern deshalb das Bezirksamt auf, die ursprünglichen Überlegungen zu dem Bebauungsplan Billstedt 90 weiterhin zu berücksichtigen. Sie sollten auch für die Menschen gelten, die in das neu entstehende Gebiet einziehen. Treffen die Gründe und Rahmenbedingungen für die damalige Planung heute nicht mehr zu? Wie fließen die Elemente, die bei dem bestehenden Bebauungsplan unter Prüfung der Rahmenbedingungen festgelegt und für das Wohngebiet als optimale Lösung erachtet wurden, in die neue Planung ein?

Weiterhin fordern wir den Senat und das Bezirksamt auf, die bereits in der Begründung des Bebauungsplans Billstedt 90 genannten Ertüchtigungen der Wege, z.B. mit Beleuchtung, sofort in Angriff zu nehmen und die bereits 1997 geforderten Maßnahmen umzusetzen.

- **Gesundheitssituation der bisherigen Anwohner und die medizinische Versorgung im Gebiet bereits jetzt unter den Verlierern**

Der Morbiditätsatlas der durch die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) der FHH Ende 2013 veröffentlicht worden ist stellt eindeutig fest, dass „die gefundenen Muster gesundheitlicher Ungleichheit sowie Unterschiede im Inanspruchnahmeverhalten sich dabei gut mit den sozioökonomischen Daten der Stadtteile erklären [lassen]“. In der Gesamtsicht der Krankheitsdichten nach Stadtteilen rangieren mit Billstedt, Horn, Jenfeld und Tonndorf alleine vier Stadtteile aus den angrenzenden Gebieten unter den Top Ten der am stärksten betroffenen Gebiete in Hamburg. Dies beleuchtet die Situation ohne Umsetzung der Flüchtlingsfolgeunterkünfte. Die Studie stellt weiterhin fest, dass der Zusammenhang zur bestehenden Versorgung weiter untersucht werden muss. Aktuelle Erfahrungen sowie aus der Vergangenheit von Anwohnern mit fehlenden Kinder- und Fachärzten belegen die Situation nicht nur in Einzelfällen im betroffenen Grenzbereich Horn, Billstedt, Wandsbek, Tonndorf und Barsbüttel.

Wie will die FHH die bestehende Situation auf ein Normalniveau heben? Über welchen Zeitraum kann das Zielniveau erreicht werden? Unter Berücksichtigung der geplanten Testplanung ist ein aktives Eingreifen in die Versorgungsplanung notwendig. Wie will die FHH dies gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung aktiv durchsetzen als nur mittelbar zu erwirken? Wie soll diese unter Berücksichtigung aller Folgeunterkünfte in den betreffenden Gebieten ausgeglichen und auf ein Normalniveau gebracht werden? Wie will die integrierte Planung dies gemeinsam mit der BGV berücksichtigen?

- **Zeitliche Erreichbarkeit des Plangebietes für die Feuerwehr bereits jetzt nicht innerhalb der Vorgaben möglich**

Kann die vorgegebene Hilfsfrist der Feuerwehr Hamburg für die geplanten Gebiete eingehalten werden? Das Strategiepapier der Hamburger Feuerwehr von 2010 stellt fest, dass „besonders Teile von Billstedt im Osten und die gesamte südliche Hälfte ab Tatenberg nicht zeitgerecht erreicht werden [können]. Diese Gebiete können von benachbarten FuRW [Feuer- und Rettungswachen] ebenfalls nicht in 8 Minuten erreicht werden.“ Mit dem unveränderten Standort der FuRW Billstedt ist das bestehende Gebiet bereits seit Jahren unterversorgt. Mindestens im Falle von kritischen Wohnungsbränden werden Menschenleben bereits jetzt unnötig gefährdet.

Wie will die FHH die bereits 2010 festgestellte bestehende Unterversorgung ausgleichen? Wie sehen die aktuellen Planungen nach mehr als fünf Jahren aus? Wer trägt im Falle eines kritischen Brandes die Verantwortung für ein mögliches Verschulden zu spät eintreffender Funktionen/Feuerwehrmänner in den geplanten Gebieten? Wird sich die Unterversorgung mit der zügigen Umsetzung der Flüchtlingsfolgeunterkünfte im Gebiet Haferblöcken und Haßloredder weiter verschärfen?

- **Natur und Klimaschutz - Forderung zur Berücksichtigung des Stadtklimatischen Gutachtens**

Wir als Bürgerinitiative fordern, die klimatisch wichtige Bedeutung, die durch Untersuchungen der Stadt bereits dokumentiert ist (vgl. das Gutachten mit dem Titel „Stadtklimatische Bestandsaufnahme und Bewertung für das Landschaftsschutzprogramm Hamburg, Klimanalyse und Klimawandelszenario 2050“), ausreichend zu berücksichtigen. Es gilt eine Verminderung des Luftstroms, der über diese Fläche in den Innenstadtbereich strömt und dort im Sommer für Kühlung sorgt, zu verhindern. Bei der Entstehung des Gutachtens im Mai 2012 war die Bebauung im Gebiet Haferblöcken (Bebauungsplan Billstedt 103 von 2007) bereits beschlossen, jedoch im Gutachten noch nicht berücksichtigt. Das Gutachten betont, dass verbleibende Grünflächen an Bedeutung gewinnen, je weniger unbebaute Flächen es in der Umgebung gibt.

Ebenfalls können Sie der Senatsdrucksache 20/8756 entnehmen, dass die Horner Geestachse laut dem oben genannten Gutachten als eine der bedeutendsten Landschaftsachsen der Freien und Hansestadt Hamburg anzusehen ist. Deshalb haben Ihre Entscheidungen nicht nur Auswirkungen auf die lokalen Anwohner, sondern auch auf alle Generationen Hamburger, die nach uns kommen. Wir fordern deshalb den Senat und das Bezirksamt Mitte auf, alle Handlungen zu unterlassen, die zu einer erheblichen Verschlechterung der Frischluftzufuhr der Innenstadtbereiche führen würden, insbesondere eine Versiegelung bzw. Blockadebau im Bereich der Horner Geest.

Des Weiteren fordern wir vom Senat und dem Bezirksamt, auf die Knick- und Redderpflege im Bereich östlich Haferblöcken, aber auch im Bereich Haßloredder und im Bereich der neu zu planenden Gartenstadt Öjendorf zu achten und die Knicke und Redder z.B. durch Neupflanzungen zu erhalten.

Ebenso fordern wir Sie, Herrn Grote, auf, die benötigten Mittel zur Parkpflege sowohl finanzieller als auch personeller Art durch das Bezirksamt feststellen und beziffern zu lassen und sich dafür einzusetzen, diese Mittel auch durch die Politik bereitgestellt zu bekommen.

- **Forderung nach Umsetzung der lang geplanten Infrastrukturmaßnahmen**

Wir fordern den Senat und das Bezirksamt auf, alle seit vielen Jahren geplanten, aber nicht umgesetzten Infrastrukturmaßnahmen zur besseren Erschließung des Öjendorfer Parks zu realisieren. Diese können unter anderem dem Entwicklungskonzept Billstedt-Horn (Hamburg.de PDF Stand 11/2008) entnommen werden und beinhalten Maßnahmen wie bessere Erschließung mit Fuß- und Radwegen bzw. besseren Anschluss an das HVV Netz. Bereits im Landschaftsschutzprogramm der Freien und Hansestadt Hamburg wurde die wichtige Bedeutung des Parks als Bezirkspark betont. Um diese zu fördern und den mit Grünflächen unterversorgten Bezirk Mitte nicht noch länger von seiner bedeutendsten Grünfläche abgeschnitten zu lassen, ist die Umsetzung lang geplanter Infrastrukturmaßnahmen von enormer Bedeutung. Wir weisen auch darauf hin, dass der Freien und Hansestadt Hamburg ein 3,3 Millionen Euro Budget zur Entwicklung der Landschaftsachse Horner Geest durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zur Verfügung gestellt wird (Quelle: <http://www.kahrs.de/pressemitteilung-funf-millionen-fur-die-landschaftsachse-horner-geest/13583/> Stand 15.07.2015). Hierzu die Kurzbeschreibung des Projekts: „Im Hamburger Osten soll auf 10 km Länge

eine durchgängige Grün-, Biotop-, Erlebnis- und Mobilitätsverbindung von der Innenstadt in die Peripherie entstehen. Mit einer innovativen städtebaulichen und ressortübergreifenden Herangehensweise sowie unter großer Bürgerbeteiligung sollen Konzept und Teilräume Baumaßnahmen erarbeitet und umgesetzt werden.“ Wir als Bürgerinitiative können von diesem Projekt bisher nichts wahrnehmen. Dies kann sicherlich den anderen Herausforderungen in der Stadt geschuldet sein. Wir sind dennoch davon überzeugt, dass ein so ausgiebiges Programm genutzt werden muss. Allerdings steht die Entwicklung mehrerer neuer Wohnquartiere (Haferblöcken, Haßloredder und Öjendorfer Gartenstadt) in unseren Augen konträr den Zielen einer durchgängigen Grün-, Biotop-, Erlebnis- und Mobilitätsverbindung von der Innenstadt in die Peripherie entgegen. Aber nicht nur die Projekte, die Verbesserungen im Bereich Infrastruktur zum Ziel hatten, nein, auch fast alle im Entwicklungsplan Billstedt-Horn genannten städtebaulichen Projekte wurden auf später vertagt. Nun aber soll das nächste große Städtebauprojekt im Schnellverfahren abgewickelt werden. Aber nicht nur kostenintensive Projekte wurden auf die lange Bank geschoben. Auch Projekte wie Book & Cook (Projektnummer 2.7.25), welches ein niederschwelliges Bildungsangebot für die ganze Familie umfasst und in unseren Augen mit eher geringen Mitteln und ohne Folgekosten hätte abgewickelt werden können, wurde auf später vertagt. Möglicherweise wurden diese Projekte teilweise bereits aufgegriffen und abgeschlossen, der momentan abrufbare Projektstatus hat aber leider ein Datum von 2008 und eine zeitlich bessere Nachverfolgung ist somit für die Bürger unmöglich.

Wie Sie aus den vorangegangenen Worten sicher entnehmen können, sehen wir etliche Bedenken bezüglich der geplanten Bebauung im Bereich Haferblöcken, aber auch im Bereich Haßloredder, der ebenfalls im Bereich des Landschaftsschutzgebietes Horner Geest liegt.

Wir sind davon überzeugt, dass selbst bei den großen Herausforderungen, denen sich die Freie und Hansestadt Hamburg momentan gegenüber sieht, nicht alle Gesetze, die sonst anzuwenden sind, außer Acht gelassen werden dürfen. Eine vorgeschobene „Alternativlosigkeit“ in der selbst ernannten „Notfallsituation“ sind kein Grund, die genannten Themen nur am Rande oder gar nicht zu berücksichtigen. Alternativen gibt es genug. Sie mögen zwar unbequemer und kostspieliger sein, sichern aber dafür bessere Integrationschancen sowie eine Nachhaltigkeit in der Städteplanung.

Aufgrund der oben genannten Probleme, kann man nur zu dem Schluss kommen, dass eine Bebauung der Fläche östlich Haferblöcken und auch Haßloredder unter den gegebenen Voraussetzungen nicht umgesetzt werden kann.

Sollte Ihr Vorhaben dennoch rechtlich möglich sein, und sollte es sogar technisch machbar sein und sollte eine ergebnisoffene Prüfung, ob die in Frage stehenden Flächen bebaut werden sollen, ergeben, dass die Bebauung stattfinden soll fordern wir Sie auf, die folgenden Aspekte zu berücksichtigen:

- **Forderung nach lokalen Ausgleichsflächen bei einer Planung**

Wir wollen Sie, Frau Senatorin Dr. Stapelfeld und auch Sie, Herrn Bezirksamtsleiter Grote, ausdrücklich an die Worte ihrer Broschüre „Hamburg macht Pläne – Planen Sie mit!“ erinnern. In dieser steht: „...bei einem Eingriff in Natur und Landschaft (vgl. § 9 HmbNatSchG), hat der Verursacher die festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen entweder auf eigenem Grundstück oder auf Flächen, die dem Eingriffsgrundstück im Bebauungsplan zugeordnet werden, durchzuführen und die Kosten zu tragen.“ In unserem Fall handelt es sich bei den Flächen sogar um ein Landschaftsschutzgebiet, für die der Verursacher, die Freie und Hansestadt Hamburg, entsprechende Ausgleichsmaßnahmen auf den dem Eingriffsgrundstück zugeordneten Flächen einplanen muss.

Dies ist in dem uns vorliegenden Planentwurf vom 2. November 2015 unserer Ansicht nach nicht berücksichtigt. Eine Ausgleichsfläche auf dem im Bebauungsplan zugeordneten Grundstück ist für die Bewohner unseres Stadtteils deutlich wertvoller, als eine Fläche irgendwo in einem anderen Bezirk oder sogar in einem anderen Bundesland.

- **Forderung nach ausreichender Infrastruktur**

Sind hinreichende Kapazitäten der Verkehrsinfrastruktur für den geplanten Ausbau von insgesamt 800 Wohneinheiten am Standort Haferblöcken gegeben?

Nach der aktuellen Testplanung werden mit der vollständigen Umsetzung der ca. 550 Wohneinheiten ca. 2.000 weitere Anwohner am Verkehr teilnehmen. Der am 2.11. gezeigte Testentwurf weist weder einen Ausbau der Zuwegungen über den Fuchsbergredder noch über den Öjendorfer Damm in das Gebiet rund um Haferblöcken aus. Gemessen an der jetzigen Anwohnerzahl wird sich die Bevölkerung mehr als verdoppeln, und damit auch das Verkehrsaufkommen. Nach unseren Recherchen liegen bei der zuständigen Behörde für die aktuelle Situation um die Bebauung Haferblöcken (B-Plan Billstedt 103) keine Verkehrszählungen vor. Die letzten Zählungen liegen für angrenzende Bereiche fast 20 Jahren zurück.

Wie soll der zunehmende individuelle Verkehr, die vorgeschlagene erhöhte Taktfrequenz des Öffentlichen Verkehrs, der verstärkte Versorgungsverkehr, der geplante Fahrdienst für Schüler aus Flüchtlingsfamilien auf den bestehenden Zuwegungen funktionieren? Auf welcher aktuellen Grundlage werden Quell- und Zielverkehre im Gebiet um Haferblöcken gegenwärtig geplant? Wie sollen die vorgegebenen Erreichbarkeiten für Rettungsfahrzeuge unter dem zunehmenden Verkehrsaufkommen sichergestellt werden?

In unserem letzten Punkt fordern wir besonders von Ihnen, Frau Senatorin Dr. Stapelfeld, dass Sie sich bei allen Projekten und insbesondere bei dem Projekt in Hamburg Mitte für die in der von Ihrer Behörde veröffentlichten Broschüre „Hamburg gemeinsam gestalten – Bürgerbeteiligung und Information in der Stadtentwicklung“ formulierten Leitsätze stark machen. Setzen Sie sich dafür ein, dass kein Projekt in Hamburg ohne Bürgerbeteiligung stattfinden kann! Setzen Sie sich dafür ein, dass Bürgerbeteiligung nicht nur aus Informationsveranstaltungen und minimalistisch gehaltenen Alibi-„Werkstattverfahren“ besteht, bei denen die Planungsstände nur vorgestellt werden! Die mündigen Bürger der Freien und Hansestadt Hamburg haben das Recht, dies von Ihnen zu fordern und tun dies hiermit ausdrücklich!

Wir sind der Meinung „Ja, WIR (also alle Hamburger) schaffen das!“ – Aber nur, wenn die Politik die Regeln, die sie sich selbst in guten Zeiten gegeben hat, auch in schwierigen Zeiten einhält!

Wir freuen uns darauf, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Initiative Natürlich MITTENDrin!